

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 151/15 vom 26. März 2015

Heike Franzen: Kleine Oberstufen statt kleine Grundschulen – SPD, Grüne und SSW machen Bildungspolitik zu Lasten der Kleinsten

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hat Bildungsministerin Britta Ernst wegen ihrer gestriger Aussagen zu kleinen Dorfschulen scharf kritisiert:

„Ministerin Ernsts Versuch, die Verantwortung für die Probleme der Außenstellen an die Schulen und deren Träger abzuschieben, ist unerhört. Diese haben keine Chance, weil die Albig-Regierung Bildungspolitik zu Lasten der Kleinsten macht“, erklärte Franzen heute (26. März 2015) in Kiel.

SPD, Grüne und SSW hätten mehr als 200 Lehrerstellen in ihre unnötigen Kleinstoberstufen mit unter 50 Schülern gepumpt. Einen Dorfschulzuschlag lehne Ernst jedoch mit der Begründung ab, diese sei das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit. Man dürfe Lehrkräfte nicht da einsetzen, wo wenige sie brauchen.

„Wenn dieses Argument stimmt, dann muss Ernst sofort die Kleinstoberstufen schließen. Für diese rot/grün/blauen Symbolprojekte wird jeder Personalansatz und jeder Bildungsstandard mit Füßen getreten“, so die CDU-Abgeordnete.

Die von Ernst und der Grünen Bildungsexpertin Anke Erdmann gegenüber den kleinen Schulstandorten erhobenen Vorwürfe bezeichnete Franzen als absolut

ungerechtfertigt.

„Diese Schulen haben längst Konzepte vorgelegt. Denn sie haben sich auf die von SPD, Grünen und SSW im Gesetz verankerte Experimentierklausel verlassen, die sich nun im Nachhinein als wertlos heraus stellt“, so die CDU-Bildungsexpertin.

Mehr als 5500 Unterschriften habe die Petition für den Erhalt kleiner Grundschulen sammeln können. Auch dies zeige, wie falsch der Weg der Regierung im Umgang mit kleinen Schulstandorten sei.

„SPD, Grüne und SSW setzen in der Bildungspolitik die völlig falschen Prioritäten. Sie nehmen die Schließung kleiner Schulstandorte und den zunehmenden Unterrichtsausfall bewusst in Kauf, um ihren Traum von der Einheitsschule zu verwirklichen“, so Franzen.